

Fassungsloser Blick nach Moskau

Eine Dokumentation des Beitrags

von Dr. Thomas Petersen

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 46 vom 24. Februar 2022

INHALT

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen
Zeitung Nr. 46 vom 24. Februar 2022, S. 8,
unter dem Titel:

"Fassungsloser Blick nach Moskau. Putins Vorgehen
gegen die Ukraine wird als sehr gefährlich empfunden."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Fast ein Drittel empfindet die gegenwärtige Lage als sehr bedrohlich
	A	2	Gefahr für den Frieden: Russland und die USA im Zeitverlauf
	A	3	Deutsch-russische Beziehungen
	A	4	Russische Forderungen bezüglich der Ukraine werden in Deutschland zwar abgelehnt, ...
	A	5	... aber eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine wird mehrheitlich nicht befürwortet
	A	6	Für ein Primat der Diplomatie
	A	7	Bei Angriff auf die Ukraine: für Verschärfung der Wirtschaftssanktionen
	A	8	Waffenlieferungen an die Ukraine?
	A	9	Was will Russland?
	A	10	Dass es noch einmal zu einem Weltkrieg kommt, kann sich die Mehrheit nicht vorstellen
	A	11	Wie kann Deutschland am besten für seine Sicherheit sorgen?
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Wie bedrohlich ist die Lage?
		2	Von welchen Ländern Gefahr ausgeht
		3	Putin
		4	Die Meinung über Putin – Analyse nach Parteianhängerschaft
		5	Wachsende Sorgen über das Risiko militärischer Konflikte
		6	Wie Deutschland für seine Sicherheit sorgen kann

Originalmanuskript

Dr. Thomas Petersen

Institut für Demoskopie Allensbach

Fassungsloser Blick nach Moskau

Die Bevölkerung blickt mit einer Mischung aus Furcht und Ratlosigkeit auf die Ereignisse in der Ukraine. Die Mehrheit hat für die Forderungen und das Verhalten Russlands kein Verständnis, doch bei der Frage, wie Deutschland und die anderen westlichen Länder auf die Lage reagieren sollten, zeigen sich viele unsicher. Sollte es allerdings die Absicht der russischen Regierung gewesen sein, Nordamerika und Europa einander zu entfremden, kann man das Vorhaben zumindest mit Blick auf die deutsche Bevölkerung als gescheitert betrachten. Eher zeigt sich das Gegenteil: Angesichts der Bedrohung besinnen sich viele auf den Wert des transatlantischen Bündnisses. Dies zeigen die Ergebnisse der jüngsten Repräsentativumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag dieser Zeitung, die allerdings bereits am 16. Februar abgeschlossen war. Die Ergebnisse spiegeln noch nicht die jüngste Zuspitzung vom Montagabend wider.

Doch auch schon vor der Eskalation der Ereignisse in den letzten Tagen wurde die Lage als gefährlich empfunden. Dies zeigen die Antworten auf die Frage „Russland versammelt gerade sehr viele Soldaten und schwere Waffen an der Grenze zur Ukraine. Einmal ganz allgemein gefragt: Wie bedrohlich finden Sie das russische Verhalten?“ Mehr als drei Viertel der Befragten, 78 Prozent, antworteten auf die Frage, sie fänden das Verhalten bedrohlich, darunter sogar fast ein Drittel „sehr bedrohlich“. Lediglich 16 Prozent meinten dagegen, es sei weniger bzw. kaum, gar nicht bedrohlich. Dabei fällt auf, wie übereinstimmend die Anhänger der verschiedenen Parteien antworteten. Auch die Anhänger der Linken sagten zu fast zwei Dritteln, die Lage sei sehr bedrohlich oder bedrohlich. Lediglich die AfD-Anhänger zeigten sich in der Frage gespalten.

Tabelle A 1

Schaubild 1

Auf die allgemein gehaltene Frage, von welchen Ländern in den nächsten Jahren die größte Gefahr für den Frieden auf der Welt ausgehe, antworteten 66 Prozent der Befragten: „Russland“. Das sind mehr als doppelt so viele wie noch im Januar 2021, als nur 32 Prozent diese Antwort gaben. Selbst gegen Ende der ersten Ukraine-Krise im September 2014, lag der Wert mit 55 Prozent noch unter dem heutigen.

Schaubild 2

Tabelle A 2

An zweiter Position in der aktuellen Rangliste folgt China, genannt von 60 Prozent, danach bereits mit deutlichem Abstand Nordkorea (47

Prozent), Afghanistan (37 Prozent) und der Iran (36 Prozent). Dass die USA eine der größten Bedrohungen für den Frieden seien, glaubten dagegen nur 26 Prozent. In den Umfragen während der Amtszeit Donald Trumps hatte der Wert teilweise zwischen 40 und 61 Prozent gelegen.

Tabelle A2

Über die deutsch-russischen Beziehungen macht sich die Bevölkerung keine Illusionen. 83 Prozent der Befragten sagten in der aktuellen Umfrage, die Beziehungen seien weniger gut oder sogar gar nicht gut. 2008, als die Frage zum ersten Mal gestellt wurde, hatten nur 33 Prozent gesagt, die deutsch-russischen Beziehungen seien weniger gut oder gar nicht gut. 55 Prozent hielten sie dagegen für sehr gut oder gut – heute sind es noch acht Prozent.

Tabelle A 3

Das Ansehen des russischen Präsidenten bei den Deutschen ist bereits seit eineinhalb Jahrzehnten äußerst gering. Auf die Frage „Haben Sie von Wladimir Putin alles in allem eine gute oder keine gute Meinung?“ antworteten im Jahr 2001 43 Prozent, sie hätten von ihm eine gute Meinung, 10 Prozent äußerten keine gute Meinung. 2008 hatten sich die Werte praktisch umgekehrt: Nun äußerten noch 15 Prozent eine gute, 45 Prozent keine gute Meinung. Seitdem liegt der Anteil derjenigen, die sich positiv über Putin äußern, praktisch gleichbleibend bei Werten um zehn Prozent. Die Zahl derer, die sich ausdrücklich negativ über ihn äußern, ist dagegen immer

Schaubild 3

weiter gestiegen. Aktuell liegt er bei 67 Prozent. In dieser Frage sind sich die Anhänger der Berliner Regierungsparteien und der CDU/CSU einig. Bei den Linken-Anhängern fällt die Ablehnung Putins dagegen weniger stark aus, doch auch bei ihnen überwiegt die Zahl der Putin-Gegner im Verhältnis von zwei zu eins. Die Ausnahme bilden erneut die Anhänger der AfD, unter denen sich die Befürworter und Gegner Putins die Waage halten.

Schaubild 4

Die Forderungen Russlands gegenüber der NATO und der Ukraine finden nur wenig Unterstützung in der deutschen Bevölkerung. Bei einer Frage legten die Interviewer zwei Meinungen hierzu zur Auswahl vor. Die erste lautete: „Ich finde die Forderungen Russlands anmaßend und unangemessen. Russland kann doch nicht darüber bestimmen, welche Länder Mitglied der NATO werden und welche nicht. Die Ukraine als selbständiges Land darf selbst entscheiden, welche Bündnisse sie eingehen möchte.“ 51 Prozent der Befragten stimmten dieser Position zu. Dagegen entschieden sich nur 30 Prozent für das Gegenargument: „Russland fühlt sich durch die osteuropäischen NATO-Mitglieder bedroht und möchte nicht, dass die NATO ihren Einflussbereich weiter ausdehnt. Daher finde ich es berechtigt, wenn Russland von der NATO verlangt, dass eine Mitgliedschaft der Ukraine für die Zukunft ausgeschlossen wird.“ Allerdings bedeutet dies nicht, dass die Deutschen eine Mitgliedschaft

Tabelle A 4

der Ukraine in der NATO befürworten. Auf die Frage „Sind Sie eher dafür oder eher dagegen, dass die Ukraine Mitglied in der NATO wird?“ antworteten nur 21 Prozent der Befragten „Dafür“, 37 Prozent widersprachen. Eine relative Mehrheit von 42 Prozent zeigte sich unentschieden.

Tabelle A 5

Der Anteil der Unentschiedenen zeigt eine gewisse Zaghaftigkeit, Unsicherheit, die sich auch durch die Ergebnisse anderer Fragen zum Umgang mit der Krise zieht. So stimmten nur 30 Prozent der Meinung zu, der Westen solle gegenüber Russland hart reagieren und mit schwerwiegenden Sanktionen drohen, denn er müsse Russland klarmachen, dass ein Angriff auf die Ukraine schwere Folgen hätte. 59 Prozent meinten dagegen, es bringe nichts, jetzt Russland gegenüber Drohungen auszusprechen. Der Westen solle sich stattdessen möglichst diplomatisch verhalten und darauf setzen, dass Verhandlungen zum Erfolg führen. Auf die Frage „Sollte der Westen seine Sanktionen gegenüber Russland deutlich verschärfen, falls Russland die Ukraine angreift, oder sollte der Westen das nicht tun?“ antwortete dann aber doch eine relative Mehrheit von 48 Prozent, dass unter diesen Umständen die Sanktionen verschärft werden sollten. 25 Prozent wählten auch hier noch die Gegenposition.

Tabelle A 6

Tabelle A 7

Bei der Frage „Sollte Deutschland die Ukraine mit Waffenlieferungen unterstützen, oder sollte Deutschland keine Waffen an die Ukraine

liefern?“ sprach sich eine sehr große Mehrheit von 68 zu 11 Prozent gegen Waffenlieferungen aus. Man kann vermuten, dass diese Antwort Ausdruck einer pazifistischen Grundorientierung der Bevölkerung ist, die sich in den Allensbacher Umfragen seit Jahrzehnten immer wieder zeigt. Nach wie vor ist der Reflex, sich aus internationalen Konflikten möglichst herauszuhalten, recht stark, wenn er auch seit einigen Jahren etwas schwächer zu werden scheint. Hinzu kommt, dass sich die Bürger über die Motive der russischen Regierung uneins sind. Auf die Frage, ob sie glaubten, dass Russland seinen Einfluss in der Welt ausdehnen, seinen Machtbereich erweitern wolle oder ob es lediglich die Position behalten möchte, die es jetzt hat, entschieden sich 45 Prozent für die erste, 41 Prozent für die zweite Vermutung.

Tabelle A 8

Tabelle A 9

Viele können sich einen großen Krieg in Europa wohl einfach nicht vorstellen. Bei der seit 1961 immer wieder gestellten Frage „Glauben Sie, wir müssen damit rechnen, dass noch einmal ein neuer Weltkrieg kommt, oder glauben Sie, es wird niemand mehr einen großen Krieg riskieren?“ schwanken die Anteile derjenigen, die meinen, das würde wohl niemand riskieren, seit der Wiedervereinigung zwischen 42 und 60 Prozent. Die Zahl derer, die sagen, man müsse durchaus noch einmal mit einem großen Krieg rechnen, lag in den letzten Jahrzehnten dagegen stets deutlich darunter in einer Bandbreite zwischen 13 und 28 Prozent.

Tabelle A 10

In der Umfrage vom Februar 2022 wählten 51 Prozent die erste, 19 Prozent die zweite Antwort. Die Reaktionen liegen damit im Mittelfeld der Antworten aus den letzten drei Jahrzehnten. Ein Effekt der Ukraine-Krise – zumindest noch bis kurz vor der jüngsten Eskalation – auf das Gefühl, man selbst könne von einem großen Krieg betroffen sein, ist bei dieser Frage nicht erkennbar.

Bei anderen Fragen ist hingegen ein gewisser Effekt zu erkennen. So stieg von 2021 bis 2022 der Anteil derjenigen, die sagten, sie machten sich große Sorgen wegen Kriegen oder militärischen Auseinandersetzungen, in die Deutschland verwickelt sei, von 10 auf 21 Prozent. Allerdings war der Wert von vor einem Jahr auch ungewöhnlich niedrig, der aktuelle liegt nur leicht über dem im letzten Jahrzehnt ermittelten Durchschnitt von 18 Prozent.

Schaubild 5

Trotzdem kann man vermuten, dass das Bedrohungsgefühl, auch wenn es meist nicht unmittelbar auf das eigene Land bezogen wird, doch so stark ist, dass die Bevölkerung sich die Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft wieder stärker in Erinnerung ruft. Bei einer Frage wurden die Befragten gebeten anzugeben, wodurch Deutschland am besten für seine Sicherheit sorgen könne. Dazu wurde eine Liste mit insgesamt zehn Möglichkeiten zur Auswahl vorgelegt. 70 Prozent nannten daraufhin den Punkt „Durch eine stärkere gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der

Tabelle A 11

EU“. An zweiter Stelle, ausgewählt von 64 Prozent, folgte die Antwortmöglichkeit „Durch die Mitgliedschaft in der NATO.“ Beide Punkte gehören seit dem Jahr 2003, als die Frage zum ersten Mal gestellt wurde, stabil zu den am häufigsten genannten.

Besonders aufschlussreich ist aber die Entwicklung des Anteils derjenigen, die sagen, Deutschland könne durch enge Beziehungen zu den USA besonders gut für seine Sicherheit sorgen. 2003 bis 2016 lag er meist knapp unter 40 Prozent. 2018 und 2019, während der der Präsidentschaft Trumps, ging er deutlich auf 24 bzw. 25 Prozent zurück. Stattdessen setzten in Folge nun mehr Befragte auf ein eigenständiges EU-Verteidigungsbündnis mit einer eigenen europäischen Armee. Auch die Zahl derer, die deutlich höhere Verteidigungsausgaben in Deutschland forderten, wuchs. In der aktuellen Umfrage sind die beiden letztgenannten Punkte aber wieder von ihren 2020 gemessenen Höchstwerten von 41 bzw. 36 Prozent deutlich auf 28 bzw. 21 Prozent zurückgefallen. Der Anteil derjenigen, die Deutschlands Sicherheit vor allem durch enge Beziehungen zu den USA gewährleistet sehen, beträgt dagegen nun 45 Prozent – der mit Abstand höchste Wert seit 2003. Es ist nicht gewagt anzunehmen, dass die aktuelle Krise vielen Deutschen vor Augen geführt hat, dass Europa noch weit davon entfernt ist, sich im Ernstfall selbst verteidigen zu können.

Schaubild 6

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1033
Befragungszeitraum:	3.2. bis 16.02.2022
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Fast ein Drittel empfindet die Lage
als sehr bedrohlich

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Russland versammelt gerade sehr viele Soldaten und schwere Waffen an der Grenze zur Ukraine. Einmal ganz allgemein gefragt: Wie bedrohlich finden Sie das russische Verhalten? Würden Sie sagen ..."

	Bevölkerung insgesamt
	%
„sehr bedrohlich“	32
„bedrohlich“	46
„weniger bedrohlich“	13
„kaum, gar nicht bedrohlich“	3
Unentschieden, keine Angabe	<u>6</u>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12049, Februar 2022

Gefahr für den Frieden: Russland und die USA
im Zeitverlauf

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf dieser Liste stehen die Namen von verschiedenen Ländern. Das ist sicher nicht einfach zu sagen, aber was vermuten Sie: Von welchen Ländern auf der Liste geht in den nächsten Jahren die größte Gefahr, die größte Bedrohung für den Frieden in der Welt aus?" (Listenvorlage)"

	Bevölkerung insgesamt				
	2014	2018	2020	2021	2022
Auszug aus den Vorgaben	%	%	%	%	%
Russland	55	28	36	32	66
USA.....	14	40	61	31	26

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12048, Januar 2022

FRAGE: "Wie würden Sie die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland beschreiben? Würden Sie sagen, die Beziehungen sind zurzeit ..."

	Bevölkerung insgesamt	
	2008	2022
	%	%
„sehr gut“	2	x
„gut“	53	8
„weniger gut“	31	45
„gar nicht gut“	2	38
Unentschieden	12	9
	100	100

} 55 (between 2008 and 2022 for „sehr gut“ and „gut“)
} 83 (between 2008 and 2022 for „weniger gut“ and „gar nicht gut“)

x=unter 0,5 Prozent

FRAGE: "Russland fordert von der NATO unter anderem, dass die NATO keine weiteren osteuropäischen Länder als Mitglieder aufnimmt, vor allem soll eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine auch für die Zukunft ausgeschlossen werden. Darüber unterhalten sich hier zwei. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?"

Bevölkerung
ingesamt

%

"Ich finde die Forderungen Russlands anmaßend und unangemessen. Russland kann doch nicht darüber bestimmen, welche Länder Mitglied der NATO werden und welche nicht. Die Ukraine als unabhängiges Land darf selbst entscheiden, welche Bündnisse sie eingehen möchte." 51

"Das sehe ich anders. Russland fühlt sich durch die osteuropäischen NATO-Mitglieder bedroht und möchte nicht, dass die NATO ihren Einflussbereich weiter ausdehnt. Daher finde ich es berechtigt, wenn Russland von der NATO verlangt, dass eine Mitgliedschaft der Ukraine für die Zukunft ausgeschlossen wird." 30

Unentschieden $\frac{19}{100}$

... aber eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine wird
mehrheitlich nicht befürwortet

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Die Ukraine möchte gerne Mitglied in der NATO werden. Wie sehen Sie das: Sind Sie eher dafür oder eher dagegen, dass die Ukraine Mitglied in der NATO wird?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Dafür	21
Dagegen.....	37
Unentschieden, keine Angabe	<u>42</u>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12049, Februar 2022

FRAGE: "Hier unterhalten sich zwei darüber, wie sich die westlichen Länder grundsätzlich gegenüber Russland verhalten sollen. Welche(r) sagt eher das, was auch Sie denken?"

Bevölkerung
insgesamt

%

"Der Westen sollte gegenüber Russland hart reagieren und Russland mit schwerwiegenden Sanktionen drohen. Der Westen muss Russland klarmachen, dass ein Angriff auf die Ukraine schwere Folgen hätte" 30

"Das sehe ich anders. Es bringt nichts, jetzt gegenüber Russland Drohungen auszusprechen. Der Westen sollte sich gegenüber Russland möglichst diplomatisch verhalten und darauf setzen, dass Verhandlungen zum Erfolg führen" 59

Unentschieden $\frac{11}{100}$

Bei Angriff auf die Ukraine: für Verschärfung
der Wirtschaftssanktionen

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Auf das Verhalten Russlands gegenüber der Ukraine hat der Westen schon seit Jahren mit Wirtschaftssanktionen reagiert. Sollte der Westen seine Sanktionen gegenüber Russland deutlich verschärfen, falls Russland die Ukraine angreift, oder sollte der Westen das nicht tun?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Sanktionen deutlich verschärfen	48
Nicht tun	25
Unentschieden	<u>27</u>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12049, Februar 2022

Waffenlieferungen an die Ukraine?

Tabelle A 8
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es gibt ja Diskussionen darüber, ob Deutschland Waffen in die Ukraine liefern sollte. Was meinen Sie: Sollte Deutschland die Ukraine mit Waffenlieferungen unterstützen, oder sollte Deutschland keine Waffen an die Ukraine liefern?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Sollte mit Waffenlieferungen unterstützen.....	11
Keine Waffen liefern.....	68
Unentschieden	<u>21</u>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12049, Februar 2022

FRAGE: "Hier unterhalten sich zwei darüber, was Russland mit seiner Politik eigentlich will. Könnten Sie das bitte einmal lesen. Welche(r) sagt eher das, was auch Sie denken?"

Bevölkerung
ingesamt

%

"Russland will mit seiner Politik meiner Meinung nach seinen Einfluss in der Welt ausdehnen. Russland will vor allem seinen Machtbereich erweitern." 45

"Da bin ich anderer Meinung. Russland will im Grunde nichts anderes, als die Position behalten, die es jetzt hat. Russland möchte seinen Einfluss in Osteuropa erhalten." 41

Unentschieden 14
100

Dass es noch einmal zu einem Weltkrieg kommt,
kann sich die Mehrheit nicht vorstellen

Tabelle A 10
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie denken Sie darüber: Finden Sie, wir müssen damit rechnen, dass noch einmal ein neuer Weltkrieg kommt, oder glauben Sie, es wird niemand mehr einen großen Krieg riskieren?"

	Bevölkerung insgesamt					
	1991	1999	2000	2014	2018	2022
	%	%	%	%	%	%
Mit Weltkrieg rechnen.....	16	28	13	26	25	19
Wird niemand riskieren.....	58	47	60	42	46	51
Unentschieden	26	23	26	30	29	30
Andere Antwort	$\frac{x}{100}$	$\frac{2}{100}$	$\frac{1}{100}$	$\frac{2}{100}$	$\frac{-}{100}$	$\frac{-}{100}$

x=unter 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12049

Wie kann Deutschland am besten für seine Sicherheit sorgen?

Tabelle A 11
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: " Es gibt ja verschiedene Ansichten darüber, wie Deutschland am besten für seine Sicherheit sorgen kann. Hier sind einige Möglichkeiten aufgeschrieben. Was davon würden Sie alles nennen?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Durch eine stärkere gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU	70
Durch die Mitgliedschaft in der NATO	64
Durch eine Stärkung der Vereinten Nationen, der UNO.....	48
Durch enge Beziehungen zu den USA.....	45
Durch Entwicklungshilfe in Krisenregionen	39
Durch ein eigenständiges Verteidigungsbündnis der EU-Staaten mit einer eigenen Armee.....	28
Durch enge Beziehungen zu Russland	24
Durch deutlich höhere Verteidigungsausgaben in Deutschland	21
Dadurch, dass Deutschland die NATO verlässt und sich damit aus internationalen Konflikten heraushalten kann.....	16
Dadurch, dass die Bundeswehr bei Konflikten außerhalb Europas mitwirkt.....	15
Nichts davon	4

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12049, Februar 2022

Zweitstimmen	Gesamtdeutschland						
	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
Bundestagswahl							
24.9.2017	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: Jahresdurchschnitt	30,0	7,5	16,0	20,5	8,0	13,0	5,0
2020: Jahresdurchschnitt	35,5	6,5	16,0	20,0	7,5	10,0	4,5
2021: 10.-20. Januar	37,0	6,5	16,0	20,0	7,5	9,0	4,0
4. - 17. Februar	37,0	7,0	15,0	20,0	7,0	9,5	4,5
8. - 21. März	28,5	8,5	18,0	21,5	8,5	10,0	5,0
6. - 15. April	28,0	10,0	16,5	23,0	7,5	9,5	5,5
23. April - 6.Mai	26,0	10,0	17,0	26,0	7,0	9,0	5,0
1. - 13. Mai	27,5	10,0	16,0	24,0	6,5	10,0	6,0
28. Mai - 9. Juni	29,5	11,0	17,0	21,5	7,0	9,0	5,0
3. - 14. Juli	31,5	12,0	16,5	18,0	6,5	9,5	6,0
3. - 22. Juli	30,0	12,0	16,0	19,5	7,0	9,5	6,0
5. - 17. August	27,5	11,0	19,5	17,5	7,5	11,0	6,0
18. - 26. August	26,0	10,5	24,0	17,0	6,0	10,5	6,0
1. - 7. Sept.	25,0	9,5	27,0	15,5	6,0	11,0	6,0
16. - 23. Sept.	25,0	10,5	26,0	16,0	5,0	10,0	7,5
Bundestagswahl							
26.9.2021	24,1	11,5	25,7	14,8	4,9	10,3	8,7
1. - 14. Oktober	21,0	14,0	28,0	15,0	5,0	9,5	7,5
29.Okt.-11.Nov.	23,0	14,0	27,0	15,0	5,5	9,5	6,0
1. - 15. Dezember	24,0	13,0	26,0	15,0	5,0	10,5	6,5
2022: 6. - 20. Januar	23,0	12,5	27,5	14,5	5,5	10,0	7,0
3. - 16. Februar	27,0	10,5	25,0	15,0	6,0	10,0	6,5

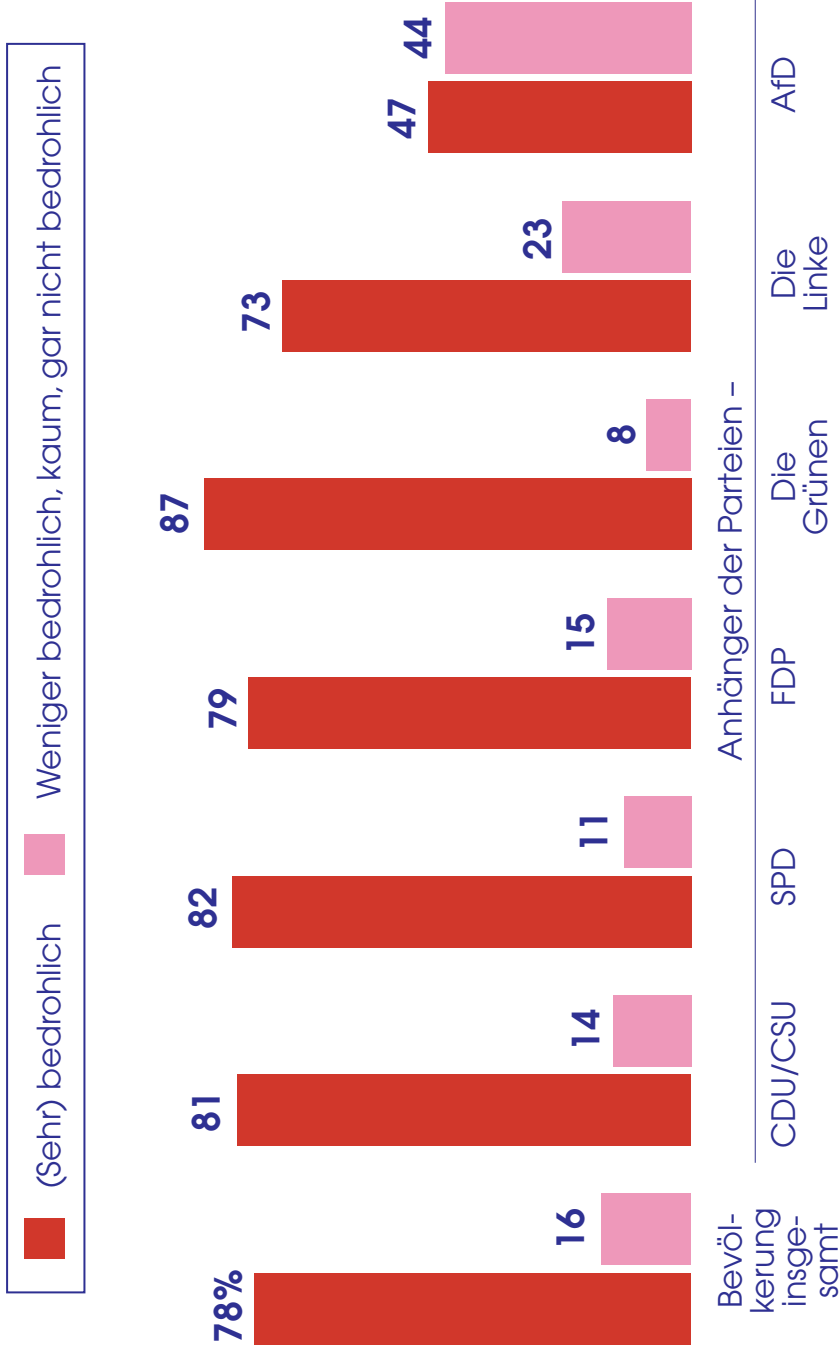
Befragt wurden persönlich-mündlich insgesamt 1.033 Personen.

Bei dieser Stichprobengröße beträgt die Fehlerspanne bei einem Anteilswert von 30 Prozent rund +/- 3 Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von 10 Prozent rund +/- 2 Prozentpunkte.

Schaubilder

Wie bedrohlich ist die Lage?

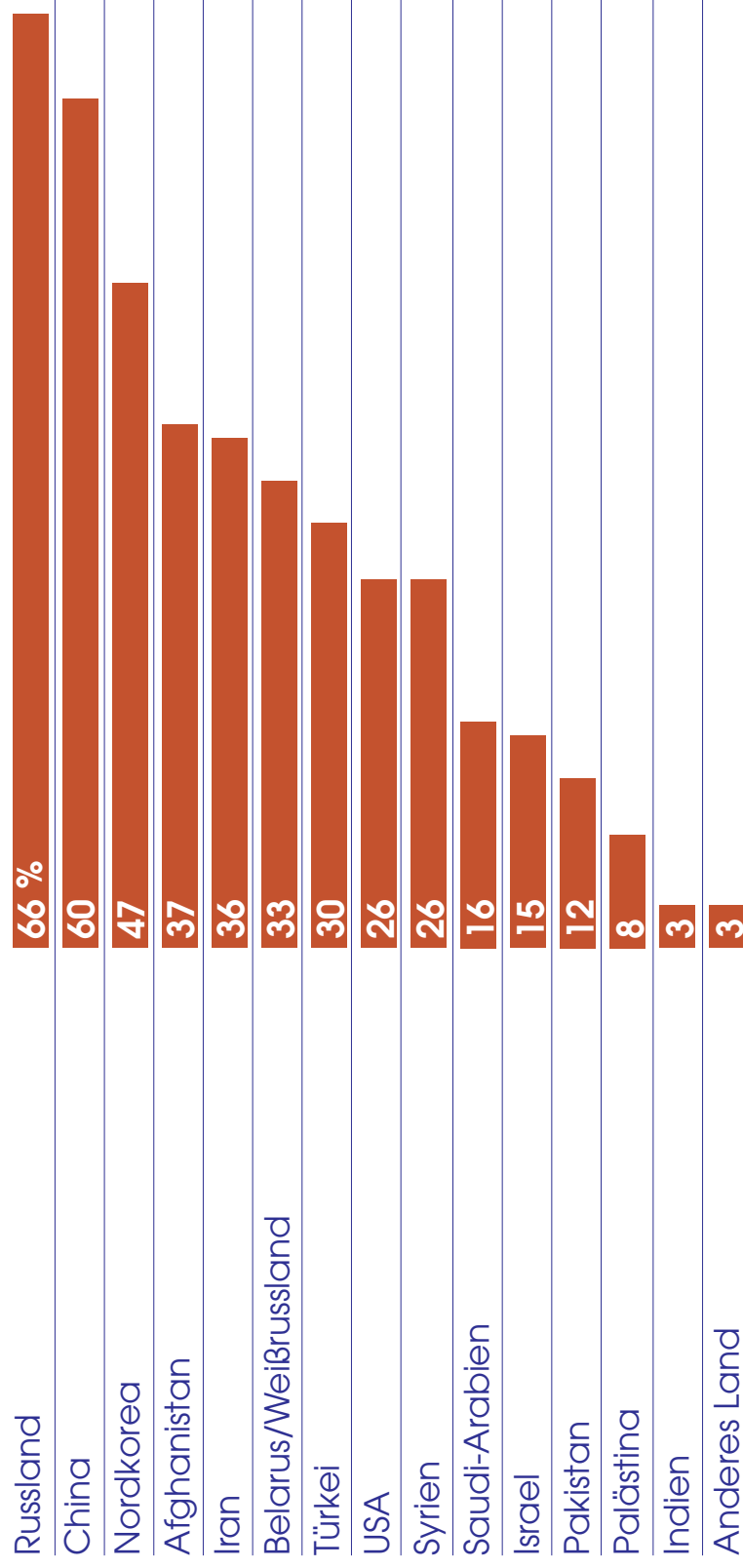
Frage: "Russland versammelt gerade sehr viele Soldaten und schwere Waffen an der Grenze zur Ukraine. Einmal ganz allgemein gefragt: Wie bedrohlich finden Sie das russische Verhalten?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12049

Von welchen Ländern Gefahr ausgeht

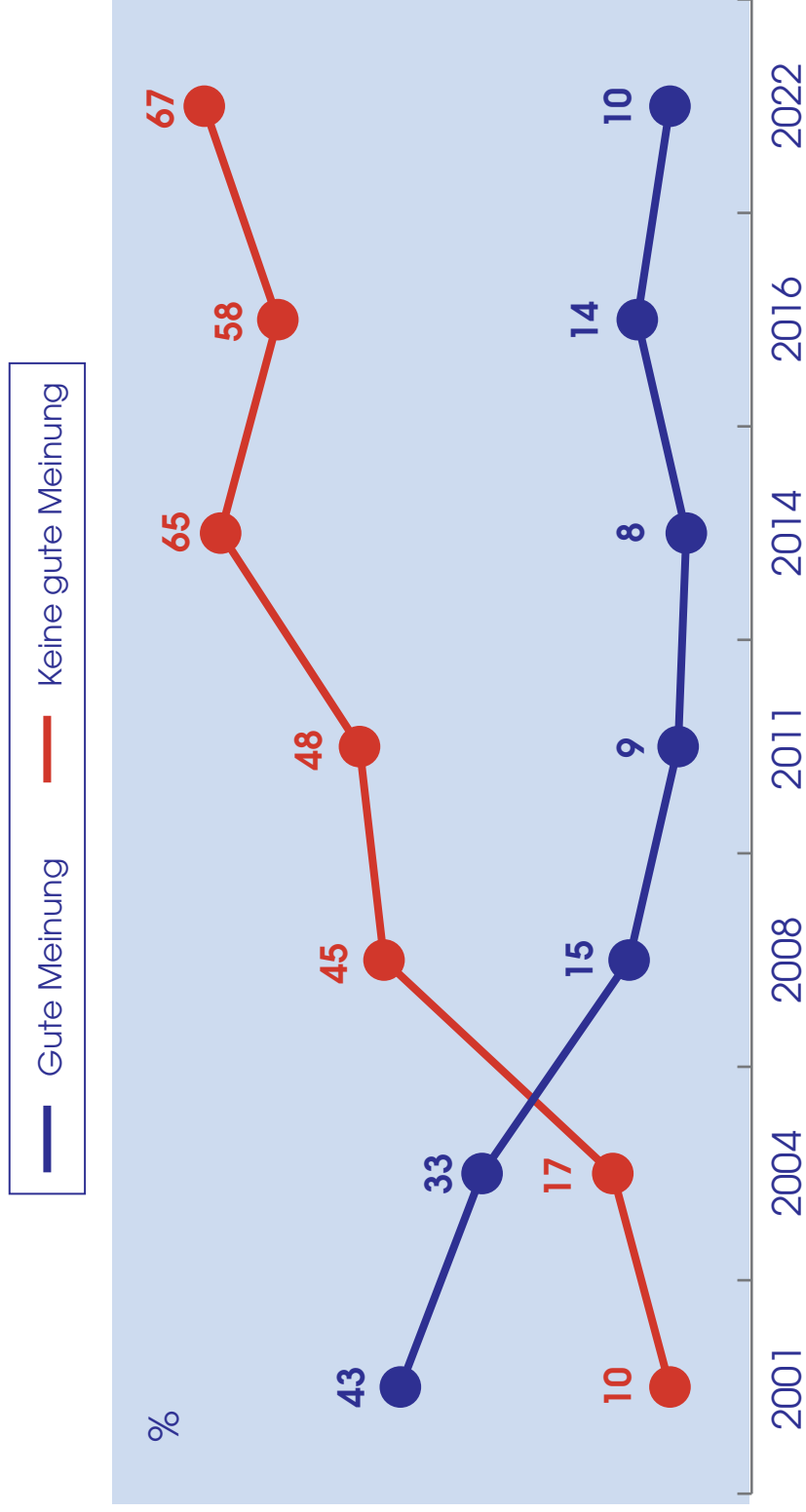
Frage: "Was vermuten Sie: Von welchen Ländern auf der Liste geht in den nächsten Jahren die größte Gefahr, die größte Bedrohung für den Frieden auf der Welt aus?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12048

Putin

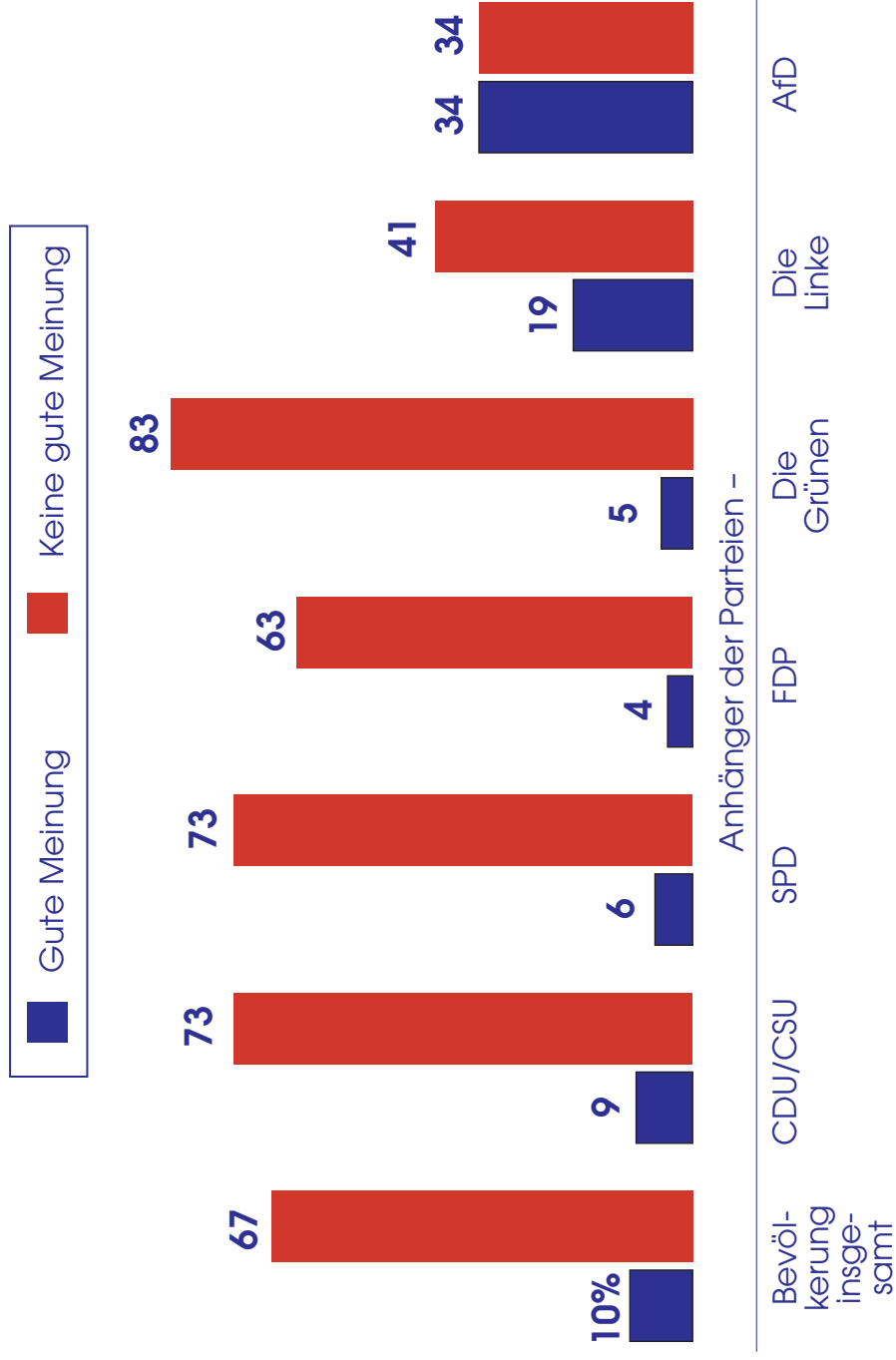
Frage: "Haben Sie von Wladimir Putin alles in allem eine gute Meinung oder keine gute Meinung?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12049

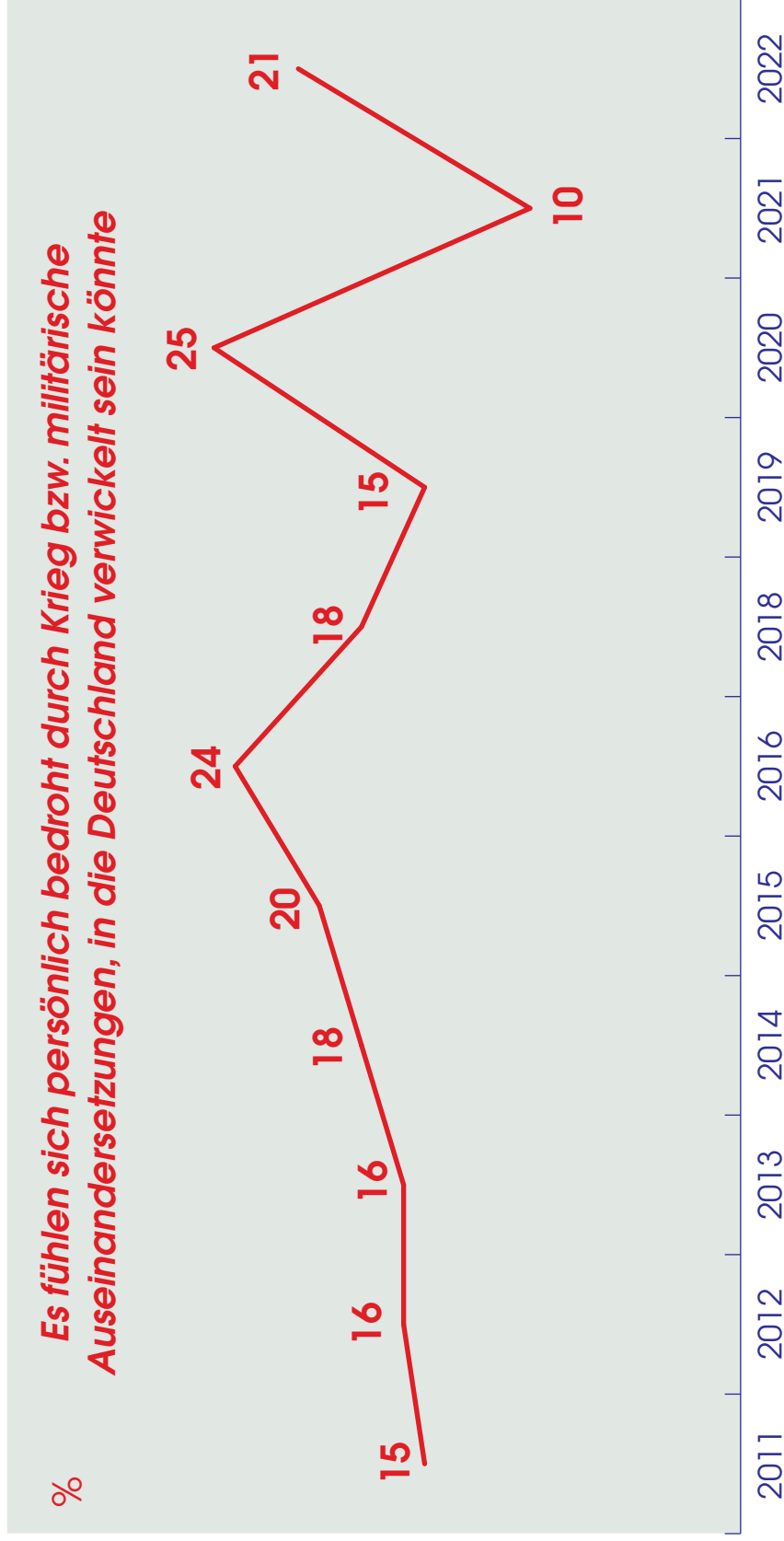
Die Meinung über Putin – Analyse nach Parteianhängerschaft

Frage: "Haben Sie von Wladimir Putin alles in allem eine gute Meinung oder keine gute Meinung?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12049

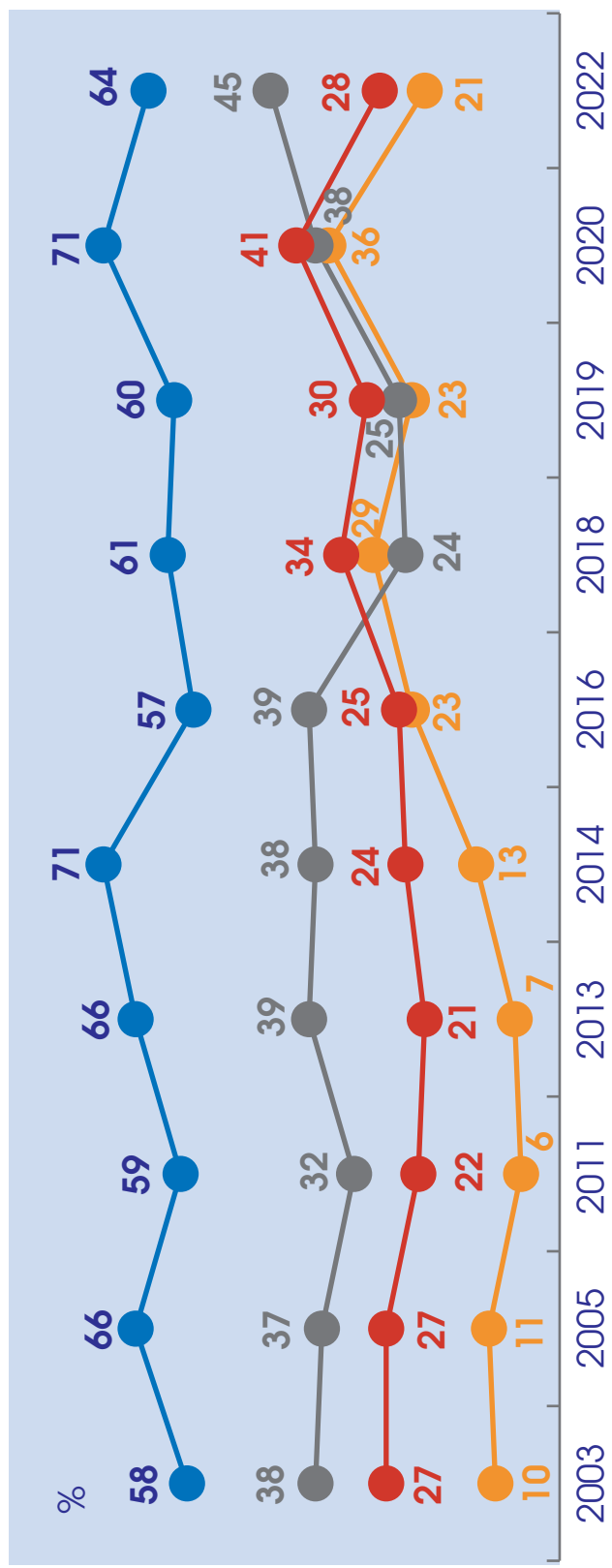
Wachsende Sorgen über das Risiko militärischer Konflikte



Wie Deutschland für seine Sicherheit sorgen kann

Frage: "Es gibt ja verschiedene Ansichten darüber, wie Deutschland am besten für seine Sicherheit sorgen kann. Hier sind einige Möglichkeiten aufgeschrieben. Was davon würden Sie alles nennen?"

- Auszug -



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12049

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 46
vom 24. Februar 2022, S. 8, unter dem Titel:

"Fassungsloser Blick nach Moskau. Putins Vorgehen
gegen die Ukraine wird als sehr gefährlich
empfunden."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Fassungsloser Blick nach Moskau

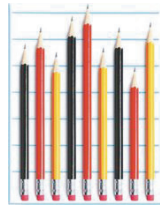
Die Bevölkerung blickt mit einer Mischung aus Furcht und Ratlosigkeit auf die Ereignisse in der Ukraine. Die Mehrheit hat für die Forderungen und das Verhalten Russlands kein Verständnis, doch bei der Frage, wie Deutschland und die anderen westlichen Länder auf die Lage reagieren sollten, zeigen sich viele unsicher. Sollte es allerdings die Absicht der russischen Regierung gewesen sein, Amerika und Europa einander zu entfremden, kann man das Vorhaben zumindest mit Blick auf die deutsche Bevölkerung als gescheitert betrachten. Eher zeigt sich das Gegenteil: Angesichts der Bedrohung besinnen sich viele auf den Wert des transatlantischen Bündnisses. Dies zeigen die Ergebnisse der Repräsentativumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der F.A.Z., die allerdings bereits am 16. Februar abgeschlossen war. Die Ergebnisse spiegeln noch nicht die jüngste Zuspitzung wider.

Doch auch schon vor der Eskalation der Ereignisse in den letzten Tagen wurde die Lage als gefährlich empfunden. Dies zeigen die Antworten auf die Frage: „Russland versammelt gerade sehr viele Soldaten und schwere Waffen an der Grenze zur Ukraine. Einmal ganz allgemein gefragt: Wie bedrohlich finden Sie das russische Verhalten?“ Mehr als drei Viertel der Befragten, 78 Prozent, antworteten auf die Frage, sie fänden das Verhalten bedrohlich, darunter sogar fast ein Drittel „sehr bedrohlich“. Nur 16 Prozent meinten dagegen, es sei weniger beziehungsweise kaum, gar nicht bedrohlich. Dabei fällt auf, wie übereinstimmend die Anhänger der Parteien antworteten. Auch die Anhänger der Linken sagten zu fast zwei Dritteln, die Lage sei sehr bedrohlich oder bedrohlich. Nur die AfD-Anhänger zeigten sich in der Frage gespalten.

Auf die allgemein gehaltene Frage, von welchen Ländern in den nächsten Jahren die größte Gefahr für den Frieden auf der Welt ausgehe, antworteten 66 Prozent der Befragten: „Russland“. Das sind mehr als doppelt so viele wie noch im Januar 2021, als nur 32 Prozent diese Antwort gaben. Selbst gegen Ende der ersten Ukraine-Krise im September 2014 lag der Wert mit 55 Prozent noch unter dem heutigen. An zweiter Position in der Rangliste folgt China, genannt von 60 Prozent, danach bereits mit deutlichem Abstand Nordkorea (47 Prozent), Afghanistan (37 Prozent) und der Iran (36 Prozent). Dass die USA eine der größten Bedrohungen für den Frieden seien, glaubten dagegen nur 26 Prozent. In den Umfragen während der Amtszeit Donald Trumps hatte der Wert teilweise zwischen 40 und 61 Prozent gelegen.

Über die deutsch-russischen Beziehungen macht sich die Bevölkerung keine Illusionen. 83 Prozent der Befragten sagten in der Umfrage, die Beziehungen seien weniger gut oder sogar gar nicht gut. 2008, als die Frage zum ersten Mal gestellt wurde, hatten nur 33 Prozent gesagt, die deutsch-russischen Beziehungen seien weniger gut oder gar nicht gut. 55 Prozent hielten sie dagegen für sehr gut oder gut – heute sind es noch acht Prozent.

Das Ansehen des russischen Präsidenten bei den Deutschen ist bereits seit ein- und einhalb Jahrzehnten äußerst gering. Auf die Frage „Haben Sie von Wladimir Putin alles in allem eine gute oder keine gute Meinung?“ antworteten 2001 43 Prozent, sie hätten von ihm eine gute Meinung, zehn Prozent äußerten keine gute Meinung. 2008 hatten sich die Werte praktisch umgekehrt: Nun äußerten noch 15 Prozent eine gute, 45 Prozent keine gute Meinung. Seitdem liegt der Anteil derjenigen, die sich positiv über Putin äußern, praktisch gleichbleibend bei Werten um zehn Prozent. Die Zahl derer, die sich ausdrücklich negativ über ihn äußern, ist dagegen immer weiter gestiegen. Aktuell liegt er bei 67 Prozent. In dieser Frage sind sich die Anhänger der Regierungsparteien und der CDU/CSU einig. Bei den Linken-Anhängern fällt die Ablehnung Putins dagegen weniger stark aus, doch auch bei ihnen überwiegt die



Putins Vorgehen gegen die Ukraine wird als sehr gefährlich empfunden.

Von Thomas Petersen, Institut für Demoskopie Allensbach

Zahl der Putin-Gegner im Verhältnis von zwei zu eins. Die Ausnahme bilden erneut die Anhänger der AfD, hier halten sich die Befürworter und Gegner Putins die Waage.

Die Forderungen Russlands gegenüber der NATO und der Ukraine finden nur wenig Unterstützung. Bei einer Frage legten die Interviewer zwei Meinungen hierzu zur Auswahl vor. Die erste lautete: „Ich finde die Forderungen Russlands anmaßend und unangemessen. Russland kann doch nicht darüber bestimmen, welche Länder Mitglied der NATO werden und welche nicht. Die Ukraine als selbstständiges Land darf selbst entscheiden, welche Bündnisse sie eingehen möchte.“ 51 Prozent stimmten dieser Position zu. Dagegen entschieden sich nur 30 Prozent für das Gegenargument: „Russland fühlt sich durch die osteuropäischen NATO-Mitglieder bedroht und möchte nicht, dass die NATO ihren Einflussbereich weiter ausdehnt. Daher finde ich es berechtigt, wenn Russland von der NATO verlangt, dass eine Mitgliedschaft der Ukraine für die Zukunft ausgeschlossen wird.“ Allerdings bedeutet dies nicht, dass die Deutschen eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO befürworten. Auf die Frage „Sind Sie eher dafür oder eher dagegen, dass die Ukraine Mitglied in der NATO wird?“ antworteten nur 21 Prozent der Befragten „Dafür“, 37 Prozent

widersprachen. Eine relative Mehrheit von 42 Prozent zeigte sich unentschieden.

Der Anteil der Unentschiedenen zeigt eine gewisse Zaghaftigkeit, Unsicherheit, die sich auch durch die Ergebnisse anderer Fragen zum Umgang mit der Krise zieht. So stimmten nur 30 Prozent der Meinung zu, der Westen solle gegenüber Russland hart reagieren und mit schwerwiegenden Sanktionen drohen, denn er müsse Russland klarmachen, dass ein Angriff auf die Ukraine schwere Folgen hätte. 59 Prozent meinten dagegen, es bringe nichts, jetzt Russland gegenüber Drohungen auszusprechen. Der Westen solle sich stattdessen diplomatisch verhalten und darauf setzen, dass Verhandlungen zum Erfolg führen. Auf die Frage „Sollte der Westen seine Sanktionen gegenüber Russland deutlich verschärfen, falls Russland die Ukraine angreift, oder sollte der Westen das nicht tun?“ antwortete dann aber doch eine relative Mehrheit von 48 Prozent, dass unter diesen Umständen die Sanktionen verschärft werden sollten. 25 Prozent wählten auch hier noch die Gegenposition.

Bei der Frage „Sollte Deutschland die Ukraine mit Waffenlieferungen unterstützen, oder sollte Deutschland keine Waffen an die Ukraine liefern?“ sprach sich eine sehr große Mehrheit von 68 zu 11 Prozent gegen Waffenlieferungen aus. Man kann

vermuten, dass diese Antwort Ausdruck einer pazifistischen Grundorientierung der Bevölkerung ist, die sich in den Allensbacher Umfragen seit Jahrzehnten immer wieder zeigt. Nach wie vor ist der Reflex, sich aus internationalen Konflikten möglichst herauszuhalten, recht stark, wenn er auch seit einigen Jahren etwas schwächer zu werden scheint. Hinzu kommt, dass sich die Bürger über die Motive der russischen Regierung uneins sind. Auf die Frage, ob sie glaubten, dass Russland seinen Einfluss in der Welt ausdehnen, seinen Machtbereich erweitern wolle oder dass es lediglich die Position behalten möchte, die es jetzt hat, entschieden sich 45 Prozent für die erste, 41 Prozent für die zweite Vermutung.

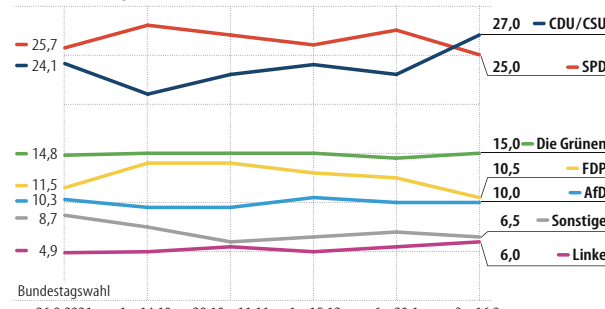
Viele können sich einen großen Krieg in Europa wohl einfach nicht vorstellen. Bei der seit 1961 immer wieder gestellten Frage „Glauben Sie, wir müssen damit rechnen, dass noch einmal ein neuer Weltkrieg kommt, oder glauben Sie, es wird niemand mehr einen großen Krieg riskieren?“ schwanken die Anteile derjenigen, die meinen, das würde wohl niemand riskieren, seit der Wiedervereinigung zwischen 42 und 60 Prozent. Die Zahl derer, die sagen, man müsse durchaus noch einmal mit einem großen Krieg rechnen, lag in den letzten Jahrzehnten dagegen stets deutlich darunter in einer Bandbreite zwischen 13 und 28 Prozent. In der Umfrage vom Februar 2022 wählten 51 Prozent die erste, 19 Prozent die zweite Antwort. Ein Effekt der Ukraine-Krise – zumindest noch bis kurz vor der jüngsten Eskalation – auf das Gefühl, man selbst könne von einem großen Krieg betroffen sein, ist bei dieser Frage nicht erkennbar.

Bei anderen Fragen ist hingegen ein Effekt zu erkennen. So stieg von 2021 bis 2022 der Anteil derjenigen, die sagten, sie machten sich große Sorgen wegen Kriegen oder militärischer Auseinandersetzungen, in die Deutschland verwickelt sei, von zehn auf 21 Prozent. Allerdings war der Wert vor einem Jahr auch ungewöhnlich niedrig, der aktuelle liegt nur leicht über dem im letzten Jahrzehnt ermittelten Durchschnitt von 18 Prozent. Trotzdem kann man vermuten, dass das Bedrohungsgefühl, auch wenn es meist nicht unmittelbar auf das eigene Land bezogen wird, doch so stark ist, dass die Bevölkerung sich die Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft wieder stärker in Erinnerung ruft. Bei einer Frage sollten die Befragten angeben, wodurch Deutschland am besten für seine Sicherheit sorgen könne. Dazu wurde eine Liste mit zehn Möglichkeiten zur Auswahl vorgelegt. 70 Prozent nannten den Punkt „Durch eine stärkere gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU“. An zweiter Stelle, ausgehend von 64 Prozent, folgte die Antwortmöglichkeit „Durch die Mitgliedschaft in der NATO.“ Beide Punkte gehören seit dem Jahr 2003, als die Frage zum ersten Mal gestellt wurde, stabil zu den am häufigsten genannten.

Besonders aufschlussreich ist aber die Entwicklung des Anteils derjenigen, die sagen, Deutschland könne durch enge Beziehungen zu den USA besonders gut für seine Sicherheit sorgen. 2003 bis 2016 lag er meist knapp unter 40 Prozent. 2018 und 2019, während der Präsidentschaft Trumps, ging er deutlich auf 24 beziehungsweise 25 Prozent zurück. Stattdessen setzten nun mehr Befragte auf ein EU-Verteidigungsbündnis mit einer eigenen europäischen Armee. Auch die Zahl derer, die deutlich höhere Verteidigungsausgaben in Deutschland forderten, wuchs. In der Umfrage sind die beiden letztgenannten Punkte aber wieder von ihren 2020 gemessenen Höchstwerten von 41 beziehungsweise 36 Prozent deutlich auf 28 beziehungsweise 21 Prozent zurückgefallen. Der Anteil derjenigen, die Deutschlands Sicherheit durch enge Beziehungen zu den USA gewährleisten sehen, beträgt dagegen nun 45 Prozent – der höchste Wert seit 2003. Die aktuelle Krise hat offenbar vielen Deutschen vor Augen geführt, dass Europa noch weit davon entfernt ist, sich im Ernstfall selbst verteidigen zu können.

Die Stärke der Parteien

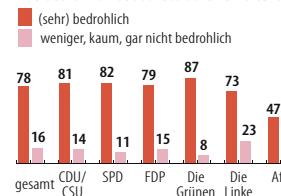
Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)



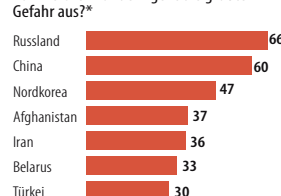
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, jüngste Umfrage: 3. bis 16.2.2022, 1033 Befragte, gerundete Angaben. F.A.Z.-Grafik Niebel

Deutschlands Blick auf Russland

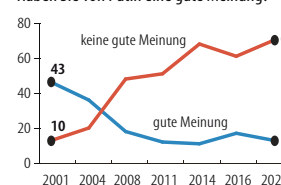
Wie bedrohlich ist das russische Verhalten?



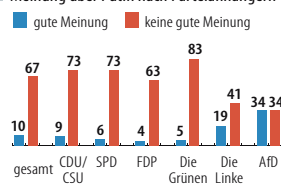
Von welchen Ländern geht die größte Gefahr aus?*



Haben Sie von Putin eine gute Meinung?



Meinung über Putin nach Parteianhängern



*Mehrfachnennungen möglich. Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach/F.A.Z.-Grafik Niebel